

## 9. Öffentliche Ordnung, Ausländerangelegenheiten, Feuerwehr, Recht

Das Referat 22 zählt mit seinem umfangreichen hoheitlichen Aufgabenbereich zu den größeren Organisationseinheiten der Stadtverwaltung. Bei den Aufgaben, die sich aus dem Ordnungsrecht ergeben, wirkt sich die zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land auf die Kommunen besonders stark aus.

Zu den Aufgaben des Referats (21 Beschäftigte / 18,5 Stellen) zählen

- Öffentliche Ordnung
- Bußgeld- und Ortspolizeibehörde
- Gewerbeabteilung
- Verkehrsbehörde
- Abfallrecht
- Ausländerbehörde
- Integrationsmanagement
- Waffenrecht
- Messen und Märkte
- Feuerwehr

### 9.1. Öffentliche Ordnung, Ausländerrecht

#### 9.1.1. Öffentliche Ordnung

- 2018 wurden 26 **Fälle von häuslichen Streitigkeiten** aktenkundig, in denen zum Teil Gewalt bzw. Drohung mit Gewalt durch ein Familienmitglied angewendet wurde. In dieser Zahl sind auch Fälle von Nachstellung (Stalking) enthalten.  
Im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt hat das Referat Öffentliche Ordnung im Jahr 2018 einen schriftlichen Platzverweis mit Aufenthaltsverbot gegen den Täter verfügt.  
In Fällen, in denen Kinder/Jugendliche durch die Streitigkeiten betroffen waren, wurde intensiv mit dem Kreisjugendamt zusammengearbeitet. In den meisten Fällen wurden die Streitigkeiten innerfamiliär beigelegt. Dazu gehört aber auch, dass bei Streitigkeiten nach einigen Tagen die Ehepartner wieder zu einer Verständigung kommen und eine Intervention in Form eines schriftlichen Platzverweises durch die Ordnungsbehörde obsolet wird.
- In Zusammenarbeit mit örtlichen Bestattungsunternehmen ordnete das Referat Öffentliche Ordnung vier **Bestattungen für Sterbefälle ohne Angehörige** an. Hier handelt es sich um Personen, bei denen Angehörige als sog. Bestattungspflichtige (in der Regel Ehegatten, Kinder, Eltern) nicht vorhanden waren bzw. eine Bestattung aus finanziellen Gründen nicht beauftragen konnten. Diese Problemstellung wird uns in der älter und anonymen werdenden Gesellschaft zunehmend begegnen.

Das Ordnungsamt als zuständige Behörde sorgt in diesen Fällen für eine angemessene und würdevolle Bestattung. Wenn möglich, werden aus einem möglichen Nachlass finanzielle Mittel generiert, um die Kosten für die Bestattung zu ersetzen. Man wird in Zukunft mit einem erhöhten Aufwand in diesem Bereich rechnen müssen. In weiteren Fällen ist das Referat Ansprechpartner und Mittler, wenn Personen versterben, ohne dass zunächst klar ist, ob es Angehörige gibt. Hier konnte in fünf Fällen Unterstützung erfolgen und eine ordnungsgemäße Bestattung durch auch im Ausland lebende Verwandte oder Erben vollzogen werden.

- Mit Wirkung vom 1. Januar 2018 wechselte die Zuständigkeit für Nachlasssachen vom Amtsgericht Wertheim bzw. die dortigen Notariate I und II an das Amtsgericht Tauberbischofsheim. Dort werden seither zentral die **Nachlassangelegenheiten** aus den bisherigen Bezirken – auch Wertheim – bearbeitet.
- Als untere Verwaltungsbehörde ist die Stadt Wertheim auch **Unterbringungsbehörde** nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Baden-Württemberg. In 40 Fällen im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen tätigte sie Ermittlungen zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Main-Tauber-Kreises. In einzelnen Fällen mussten freiheitsbeschränkende Maßnahmen nach dem PsychKHG gegen die Personen getroffen werden.
- Zur Durchsetzung der **Schulpflicht nach dem Schulgesetz** mussten 21 Fälle bearbeitet werden. Dabei tritt das Ordnungsamt mit den Eltern und zum Teil auch mit dem Jugendamt in Verbindung. In 10 dieser Fälle wurden Verwarnungs- bzw. Bußgelder verhängt, bzw. die Ableistung von Sozialstunden auferlegt.
- 19 Fälle im Zusammenhang mit **Hundehaltung** wurden durch die Behörde bearbeitet. Zum größten Teil waren hierbei Verstöße gegen die innerörtliche Leinenpflicht zu bearbeiten. Weiterhin waren Ermittlungen aufgrund von Beißvorfällen sowie aufgrund von nicht beseitigtem Hundekot erforderlich. Insgesamt wurden 4 Verwarnungsgelder bzw. Bußgeldbescheide mit zum Teil empfindlichen Geldbußen verfügt. 3 Hunde wurden in Zusammenarbeit mit den Polizeihundeführern daraufhin geprüft, ob sie als gefährlich einzustufen sind (ständiger Leinen- und Maulkorbzwang). Auch wurden diverse Vor-Ort-Ermittlungen im Auftrag der Kämmerei (Hundesteuer) durchgeführt.
- 36 Fälle von nicht ordnungsgemäßer **Abfallentsorgung** hat das Referat bearbeitet. Dabei wurden 32 Verursacher ermittelt und 32 Bußgelder bzw. Verwarnungen verhängt. Die Entsorgung von Müll jeglicher Art im öffentlichen Raum ist vor allem in den letzten Jahren auf der Gemarkung der Stadt Wertheim extrem stark zugenommen. Obwohl die Müllgebühren im Landesvergleich sehr günstig sind, werden alle Arten von Abfällen sowie Sperrmüll und Schadstoffe häufig über öffentliche Mülleimer oder einfach in der Landschaft entsorgt. Durch Veröffentlichung von Berichten und Bildern in der Presse und auf der Homepage der Stadt Wertheim sollen die Verursacher ermittelt werden.
- Das Thema „**Sperrmüll auf Abruf**“ hat sich nach erfolgreichen Probephasen in Wertheim inzwischen im gesamten Main-Tauber-Kreis etabliert.
- 14 Fälle von **Lärmbeschwerden** (vorwiegend Störungen der Nachtruhe) nach dem Bundesimmissionschutzgesetz bzw. der Polizeiverordnung der Großen Kreisstadt Wertheim wurden bearbeitet und mit insgesamt 6 Bußgeldbescheiden geahndet. Dabei wurden zum Teil empfindliche Geldbußen festgesetzt.

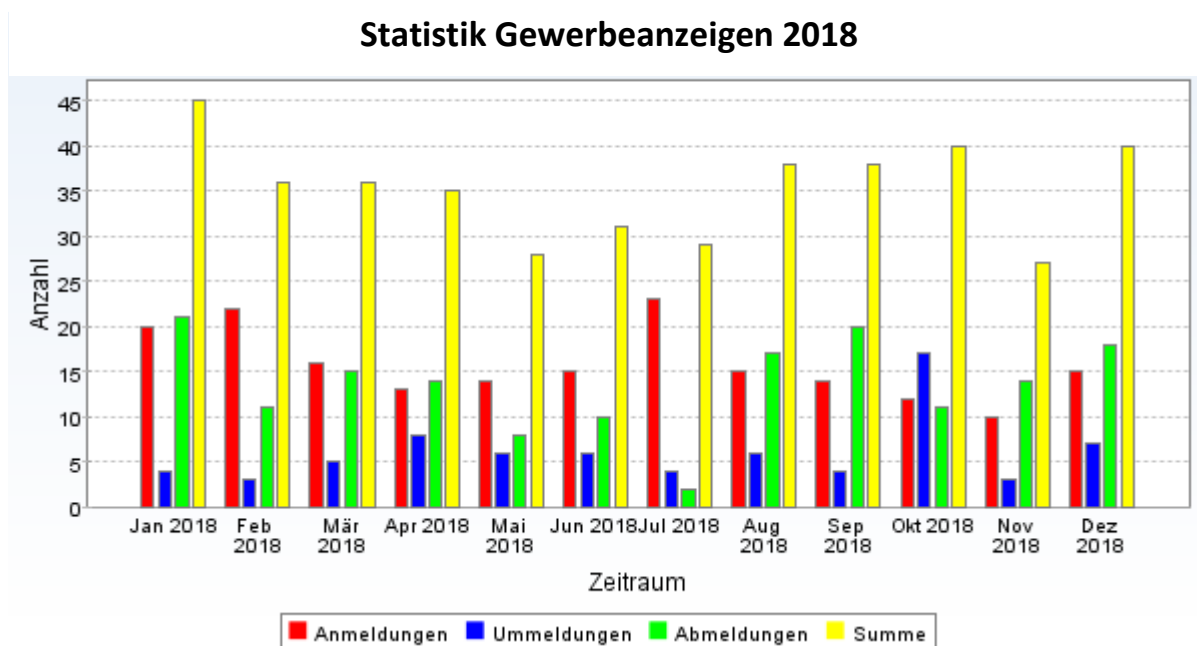
- Massiv zugenommen hat die Anzahl von illegal entsorgten **Schrottfahrzeugen** auf öffentlicher Verkehrsfläche. So musste die Behörde in 45 Fällen ermitteln. Insbesondere Fahrzeuge von ausländischen Fahrzeughaltern, an die nicht herangetreten werden konnte, mussten auf Kosten der Stadt Wertheim aufwändig entsorgt werden.
- Erstmals im Jahr 2018 haben das Bürger-Service-Zentrum und das Polizeirevier Wertheim vermehrt **Meldeverstöße** wie Personalienverweigerung, etc. mitgeteilt. Hier wurden 22 Bußgelder bzw. Verwarnungen verhängt.
- Nach dem **Nichtraucherschutzgesetz** wurde die Ordnungsbehörde in 5 Fällen tätig. Sie verhängt in allen Fällen Verwarnungsgelder.
- In mehreren Fällen erteilte die Verwaltungsbehörde **Straßenbettlern einen Platzverweis**, da bei den überwiegend aus Osteuropa stammenden Personen gewerbsmäßiges Betteln festgestellt wurde.
- Für die Gesamtorganisation des **Bauernmarktes** war das Referat Öffentliche Ordnung, verantwortlich. Der 14. Bauernmarkt mit verkaufsoffenem Sonntag war wieder ein Erfolg und lockte viele Besucher in die Altstadt. Rund 60 Verkaufsstände präsentierten ein vielfältiges Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Kunsthandwerk. Programmpunkte waren der Auftritt der Parforce-Hornbläser der Kreisjägersvereinigung, die Flugvorführung der Falknerei Columbarius und der Burgalm-Abtrieb der Wertheimer Burgziegen, begleitet von musikalischen Klängen der Feuerwehrkapelle Hasloch und von Grundschulkindern der Gemeinschaftsschule Wertheim.

### **9.1.2. Bußgeld- und Ortpolizeibehörde**

| <b><u>Gesamtübersicht</u></b>                 | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Bearbeitete Ordnungswidrigkeitenanzeigen      | 8.109        | 9.365        | 8.782        |
| Verfallverfahren (Vermögensabschöpfung)       | -            | -            | -            |
| Bußgeldbescheide                              | 1.327        | 1.944        | 2.656        |
| Kostenbescheide                               | 276          | 348          | 222          |
| eingestellte Verwarnungen                     | 241          | 267          | 259          |
| eingestellte Bußgeldverfahren                 | 3            | 2            | 2            |
| Bußgeld-/Verwarnungsgeldaufkommen             | 253.660      | 328.982      | 437.443      |
| Verfallverfahren                              |              |              |              |
| <b>Gemeindevollzugsdienst</b>                 | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  |
| Halt- und Parkverstöße                        | 4.269        | 5.485        | 3.816        |
| Geschwindigkeitsüberschreitungen              | 2.230        | 1.147        | 1.462        |
| sonstige Ordnungswidrigkeiten                 | 65           | 74           | 65           |
|   | <b>6.564</b> | <b>6.706</b> | <b>5.343</b> |
| <b>Polizeirevier und Verkehrskommissariat</b> | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  |
| Halt- u. Parkverstöße                         | 304          | 223          | 54           |
| Unfälle                                       | 280          | 273          | 253          |
| sonstige Fahrverstöße                         | 514          | 1.345        | 1.897        |
| Geschwindigkeitsüberschreitungen              | 390          | 725          | 1.148        |
| sonstige Ordnungswidrigkeiten                 | 57           | 93           | 87           |
|   | <b>1.545</b> | <b>2.659</b> | <b>3.439</b> |

Insgesamt wurden **130 Fahrverbote** (67 Fahrverbote in 2017) ausgesprochen. Einspruch wurde in 160 Fällen (106 Fälle in 2017) eingelegt. 76 Akten (46 Akten in 2017) wurden der Staatsanwaltschaft Mosbach zur Entscheidung vorgelegt.

### 9.1.3. Gewerbeabteilung



|  | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|------|------|------|
| Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen  | 358  | 322  | 423  |
| Verfahren zur Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Schank- und Speisewirtschaften | 15   | 5    | 6    |
| Verfahren zur Erteilung einer Reisegewerbekarte                                      | 3    | 2    | 1    |
| Gestattungen (Tageskonzessionen)   | 224  | 259  | 231  |
| Gewerbeuntersagungen   | 3    | 2    | 4    |

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren insgesamt 2.105 Gewerbebetriebe angemeldet. 228 Auskünfte zu Gewerbebetrieben wurden 2018 erteilt.

### 9.1.4. Verkehrsbehörde

Die Verkehrsbehörde ist als Untere Verwaltungsbehörde für die Durchführung der Straßenverkehrsordnung im Bereich der Großen Kreisstadt Wertheim zuständig. Im Interesse der Verkehrssicherheit ordnet sie u.a. Verkehrszeichen an und erlässt verkehrsrechtliche Anordnungen zur Absicherung von Arbeitsstellen im Straßenverkehr sowie bei Veranstaltungen. In Einzelfällen erteilt sie Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse von den Vorschriften der StVO.

Die Straßenverkehrsbehörde führt auch das Genehmigungs- und Anhörungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte durch. Nach den Bestimmungen des Straßengesetzes Baden-Württemberg erteilt sie Sondernutzungserlaubnisse für die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes, z.B. für Veranstaltungen, Freiflächenbewirtschaftung, Warenauslagen, etc..

#### 9.1.4.1. Fallzahlen

|   | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|------|------|------|
| Anordnungen (Absicherung Baustellen/Veranstaltungen)  | 318  | 322  | 535  |
| Verlängerungen von verkehrsrechtlichen Anordnungen  | 43   | 37   | 75   |
| Anordnungen zur allgemeinen Verkehrsregelung  | 48   | 26   | 31   |
| Ausnahmegenehmigungen von der StVO  | 403  | 559  | 421  |
| Verfahren zur Durchführung von Schwertransporten  | 555  | 292  | 345  |
| Verkehrsbehördliche Stellungnahmen zu Baugesuchen, Baumaßnahmen und sonstigen Verkehrsangelegenheiten | 165  | 211  | 304  |
| Sondernutzungserlaubnisse nach dem Straßengesetz  | 175  | 169  | 150  |
| Plakatiergenehmigungen  | 45   | 66   | 40   |

#### 9.4.1.2. Besondere Aufgaben 2018

- Dem Ausbau der Autobahn folgte die **Instandsetzung** der durch die Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogene **L 2310** (einschließlich des Knotenpunktes L 617 beim Autohof) über die beiden BAB-Anschlussstellen hinaus bis nach Dertingen instandgesetzt und mit einer neuen Fahrbahndecke versehen. Die Arbeiten fanden im Frühjahr 2018 über mehrere Wochen in Teilabschnitten statt. Sie erforderten zahlreiche und umfangreiche verkehrsrechtliche Anordnungen mit Ausweisung unterschiedlicher Umleitungsstrecken.
- Der ab März bis zum Jahresende auf der gesamten Gemarkung der Großen Kreisstadt Wertheim durchgeführte **Breitbandausbau** machte unzählige und oftmals kurzfristige verkehrsrechtliche Anordnungen mit entsprechenden Ortsterminen unter besonderer Berücksichtigung des Schulbusverkehrs und Beachtung von Veranstaltungen wie Altstadtfest und Michaelismesse erforderlich.
- Zur Bekämpfung von Unfällen an den Einmündungen Berliner Ring und Halbrunnenweg wurde in Zusammenarbeit mit Polizei, Straßenbauamt und Regierungspräsidium ein **Fahrtstreifen der L 508** durch Fahrbahnmarkierung entzogen bzw. abgetrennt. Der Maßnahme ging eine Probephase mit Abtrennung des Fahrstreifens mittels Leitschwellen voraus. Seither ist die Verkehrsfläche an den Einmündungen übersichtlicher und es kommt nicht mehr zu dem unfallursächlichen Verdecken eines auf der Geradeausspur fahrenden Fahrzeuges.

### **9.1.4.3. Erstattung von Schülerbeförderungskosten nach dem städt. Familienpass**

Die Verkehrsbehörde erstattet die Beförderungskosten von Schüler/innen, berechnet die prozentuale Erstattung der Eigenanteile aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim und rechnet die Schülerbeförderungskosten mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis ab.

Nach Ablauf des Schuljahres 2017/2018 wurden 32 Anträge (2016/2017: 32) auf Erstattung von 20 Prozent der Eigenanteile an den Schülerbeförderungskosten aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim gestellt. Die Verwaltung zahlte einen Gesamtbetrag in Höhe von 2.843,06 Euro (2016/2017 2.941,46 Euro) aus.

### **9.1.5. Abfallrecht**

#### **9.1.5.1. Aktion „Saubere Landschaft“**

Seit 1978 findet alle zwei Jahre eine Aktion „Saubere Landschaft“ unter Federführung des Referats Öffentliche Ordnung statt, bei der die Landschaft von Müll und Unrat gesäubert wird. Die letzte Aktion im Stadtgebiet und in den Ortschaften wurde am 24. Februar 2018 mit über 1.000 freiwilligen Helferinnen und Helfern zum 21. Mal durchgeführt.

Wertheimer Firmen und der Bauhof unterstützten die Aktion wieder und transportierten ca. 2,5 Tonnen Müll zur Mülldeponie „Heegwald“ nach Dörlesberg.

Die nächste Aktion „Saubere Landschaft“ ist 2020 geplant.

#### **9.1.5.2. Auf den Erddeponien angelieferte Abfallmengen**

| Abfallart           | Abfallmengen in m <sup>3</sup> |      |      |        |       |       |        |         |         |
|---------------------|--------------------------------|------|------|--------|-------|-------|--------|---------|---------|
|                     | Kembach                        |      |      | Nassig |       |       | Gesamt |         |         |
|                     | 2016                           | 2017 | 2018 | 2016   | 2017  | 2018  | 2016   | 2017    | 2018    |
| Erdaushub steinfrei | 170                            | 48   | -    | 2.823  | 5.163 | 6.152 | 2.993  | 5.211   | 6.152   |
| Baugrubenaushub     | -                              |      |      | 1      |       |       | 1      |         |         |
| Bauabbruch          |                                | 6,2  | 5,2  |        |       |       | -      | 6,2     | 5,2     |
| Straßenaufbruch     | -                              |      |      | -      |       |       | -      |         |         |
| Insgesamt           | 170                            | 54,2 | 5,2  | 2.823  | 5.163 | 6.152 | 2.994  | 5.217,2 | 6.157,2 |

### **9.1.6. Ausländerbehörde**

Die Ausländerbehörde ist als Untere Staatliche Ausländerbehörde eigenverantwortlich für alle Aufgaben nach dem Aufenthaltsgesetz, dem Freizügigkeitsgesetz/EU nebst Schengener Durchführungsübereinkommen sowie dem Asylverfahrensgesetz zuständig.

Dazu zählen unter anderem die Prüfung, Erteilung, Verlängerung bzw. Ablehnung von Aufenthalts-/Niederlassungserlaubnissen für folgende Zwecke:

- Ausbildung (Studium)
- Erwerbstätigkeit
- Familie
- Völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe
- Härtefälle

Bei fehlenden Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis stellt die Ausländerbehörde die Ausreisepflicht (Ausweisungsverfügungen/Beteiligung bei Abschiebungen) fest und führt diese gegebenenfalls durch. In der Regel kommt es bei ablehnenden Entscheidungen zu Widersprüchen und Klageverfahren, die ebenfalls durch die Ausländerbehörde bearbeitet werden.

Einen großen Anteil nehmen auch die Beteiligung an Visaverfahren (Anhörung, Zustimmung, Ablehnung) sowie die Verpflichtungserklärungen (Haftung für Lebensunterhalt) ein. Aber auch mit dem Thema Integration befasst sich die Ausländerbehörde. So stellt sie die Verpflichtung bzw. Berechtigung zur Teilnahme an Integrationskursen aus. Daneben ist die Ausländerbehörde verantwortlich für die Ausstellung von Reiseausweisen für Flüchtlinge, Ausländer bzw. Staatenlose.

Die Beteiligung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden (Polizei, Regierungspräsidien, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Justizbehörden, etc.) ist vielfältig.

Diese Aufgaben können nur unter umfassender Sachkenntnis zahlreicher Gesetze, Verordnungen, Erlasse und der Rechtsprechung durchgeführt werden.

#### **9.1.6.1 Ausländische Staatsangehörige**

In der Großen Kreisstadt Wertheim hielten sich zum

|                            |       |
|----------------------------|-------|
| Stichtag 31. Dezember 2014 | 1.698 |
| Stichtag 31. Dezember 2015 | 2.048 |
| Stichtag 31. Dezember 2016 | 2.325 |
| Stichtag 31. Dezember 2017 | 2.614 |
| Stichtag 31. Dezember 2018 | 2.787 |

Ausländer/innen aus 88 Staaten auf.

Das entspricht für 2018 einem Anteil von 12,12 Prozent der Einwohner.

#### **Aufenthaltstitel**

Bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln sind deutliche Steigerungen erkennbar.

|                                   | <b>2017</b> | <b>2018</b> |
|-----------------------------------|-------------|-------------|
| Aufenthaltstitel Familie          | 65          | 137         |
| Aufenthaltstitel humanitär        | 39          | 92          |
| Aufenthaltstitel Erwerbstätigkeit | 21          | 37          |

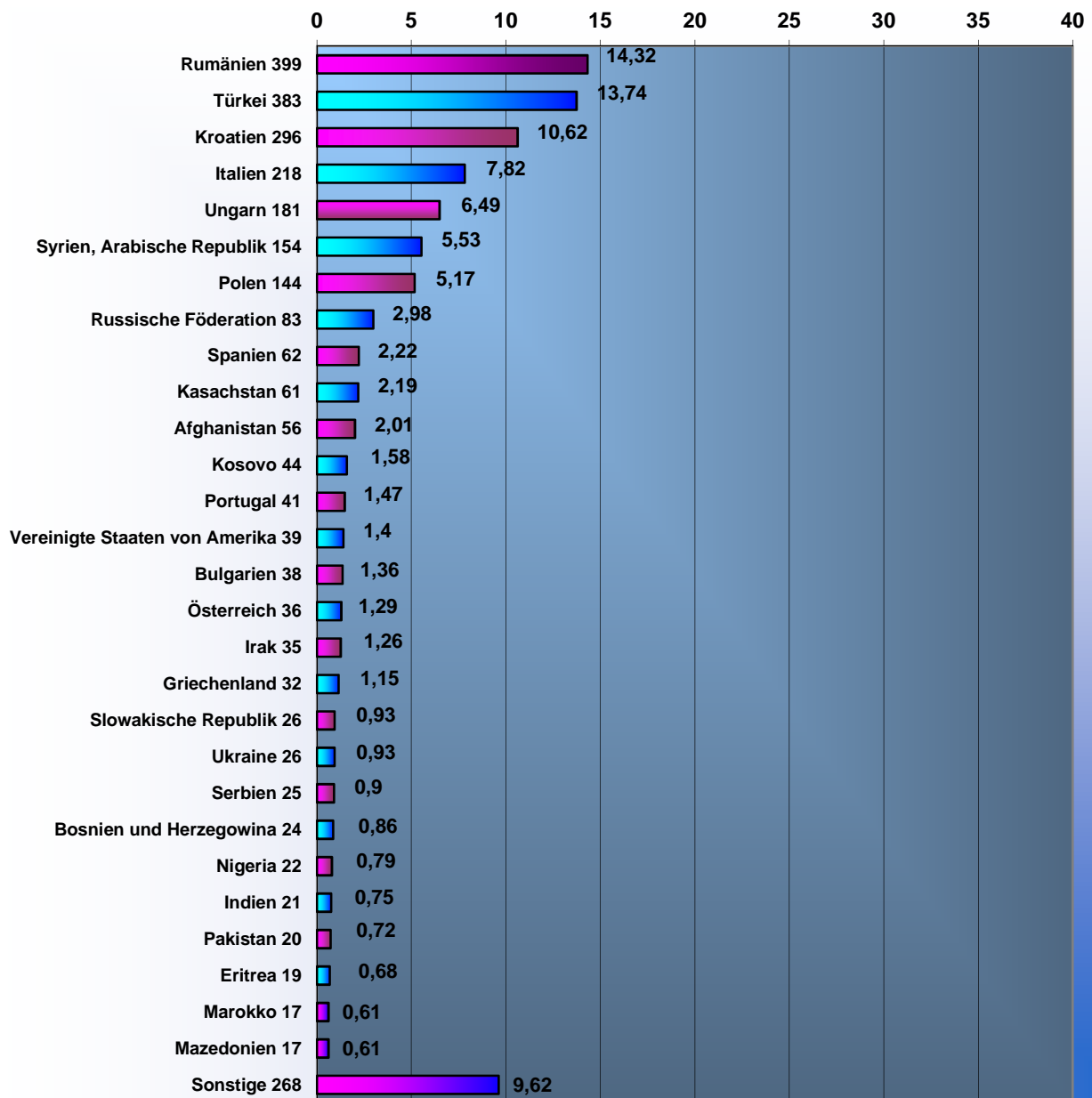


### Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen sind insbesondere nötig bei kurzfristigen Besuchsvisa bis zu einer Gültigkeit von 90 Tagen zur Einreise aus einem generell visapflichtigen Staat. Die Verpflichtungserklärung wird durch den Verpflichtungsgeber (Einlader) bei der Ausländerbehörde beantragt und als vollstreckbare Urkunde zur Vorlage bei der deutschen Auslandsvertretung ausgesellt. Die Auslandsvertretung entscheidet ob ein Visum ausgestellt wird.

|                           | 2017 | 2018 |
|---------------------------|------|------|
| Verpflichtungserklärungen | 240  | 294  |

### Aufgliederung der Ausländer/innen in Prozent



### **9.1.6.2. Asylbewerber, Anschlussunterbringung, Integrationsmanagement**

Das Aufnahmeverfahren für Geflüchtete ist in Deutschland dreistufig angelegt. Für die Erstaufnahme sind die Bundesländer zuständig. Dann folgt die vorläufige Unterbringung auf Ebene der Landkreise. Und schließlich werden die Flüchtlinge den Kommunen zur „Anschlussunterbringung“ zugewiesen.

Die Zugangszahlen in Bund und Land sind nach den Spitzenwerten der Vorjahre ab 2016 wieder kontinuierlich gesunken. In diesem Zusammenhang wurde auch die 2015 in Wertheim-Reinhardshof geschaffene Erstaufnahmeeinrichtung des Landes im Herbst 2017 wieder geschlossen. Die Kommunen hingegen mussten auch 2018 noch leicht steigende Zuweisungen aus den Landkreisen aufnehmen.

Nach dem Prinzip der dezentralen Unterbringung wurden bisher in Stadtteilen (Bestenheid, Eichel/Hofgarten, Wartberg) und Ortschaften (Bettingen, Dertingen, Diethan, Dörlesberg, Höhefeld, Lindelbach, Sonderriet) freie Wohnungen oder Häuser angemietet, um die zugewiesenen Personen und Familien unterzubringen. 2018 versorgte die Stadt auf diese Weise 47 Personen, teilweise im Familienverband.

Nicht eingerechnet sind hier Familiennachzüge, bei denen in Wertheim wohnhafte Flüchtlinge ihre Familien nachholen. Auch diese drängen auf den Wohnungsmarkt und suchen adäquaten Wohnraum. Sie werden auf die Quote der Zuweisung angerechnet.

Um die Integration der ankommenden Menschen zu fördern, hat die Stadt bereits ab Mai 2017 eine halbe Personalstelle geschaffen. Eine volle Personalstelle für das Integrationsmanagement kam im Dezember 2017 hinzu. Sie wird vom Land Baden-Württemberg gefördert und ist Bestandteil des zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten „Pakts für Integration“.

Das kommunale Integrationsmanagement arbeitet nach dem Ansatz des Case-Managements (Fallklärung). Es führt Gespräche und dokumentiert Ist-Stand und freiwillig zur Verfügung gestellte Daten (Sprachstand, Bildung, Berufserfahrung, Wohnsituation etc.) im sogenannten Integrationsplan, dem Kernstück des Integrationsmanagements. Der Integrationsplan dient der gezielten, individuellen und gegebenenfalls mehrmaligen Beratung und soll einzelne Schritte im Integrationsprozess sowie Vereinbarungen dokumentieren.

Auf diesem Weg erhalten die Geflüchteten in der Anschlussunterbringung Unterstützung in folgenden Bereichen:

- Soziale Beratung und einzelfallbezogene Begleitung
- Information über Integrations- und spezielle Beratungsangebote vor Ort
- Erstellen, Auswerten und Fortschreiben von individuellen Integrationsplänen
- Stärkung der Selbständigkeit der geflüchteten Personen und Förderung ihres individuellen Integrationsprozesses.

Hinzu kommen als Aufgabe des Integrationsmanagements:

- aktive Kontaktpflege, Vernetzung und Informationsaustausch
- Kooperation mit anderen Institutionen der Flüchtlingshilfe und den lokalen Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements

In der Anschlussunterbringung aufgenommene Personen

|      |     |
|------|-----|
| 2014 | 3   |
| 2015 | 23  |
| 2016 | 59  |
| 2017 | 108 |
| 2018 | 47  |

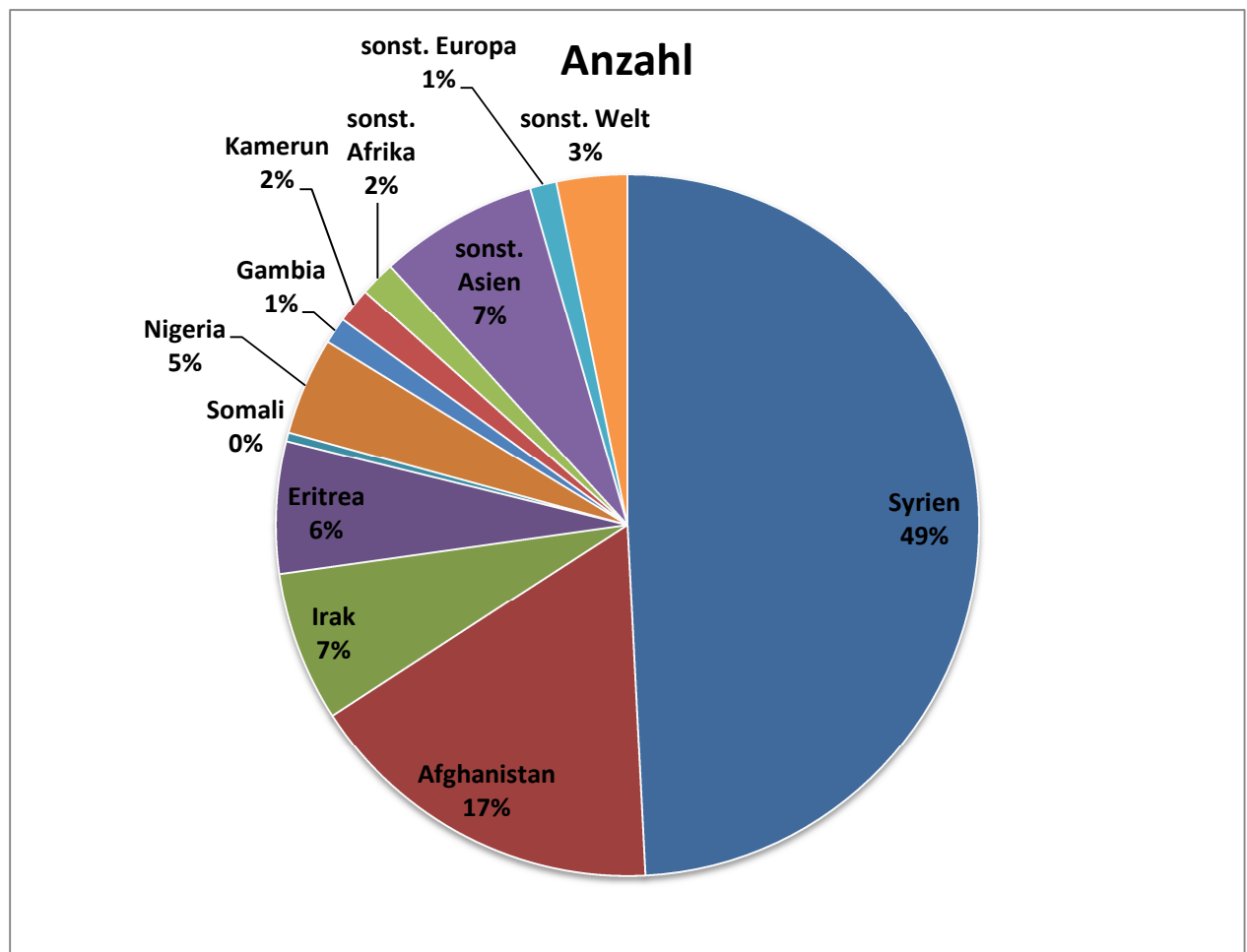
Personen als Zielgruppe des Integrationsmanagements

|                       |     |
|-----------------------|-----|
| Aufenthaltsgestattung | 47  |
| Duldung               | 23  |
| Aufenthaltstitel      | 174 |
| ohne Angabe           | 2   |
| Gesamt                | 246 |

Wohnsituation nach Personen

|                     |     |
|---------------------|-----|
| kommunal angemietet | 146 |
| privat angemietet   | 99  |
| anderweitige        | 1   |

Nationenverteilung der geflüchteten Personen



### **9.1.6.3. Einführung elektronischer Aufenthaltstitel (eAT)**

Zum 1. September 2011 wurde bundesweit der elektronische Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige eingeführt. Zu dieser Einführung wurden alle EU-Mitgliedstaaten auf Grundlage einer EU-Verordnung verpflichtet. Ziel ist es, die Aufenthaltstitel der Europäischen Union zu vereinheitlichen sowie die Bindung zwischen Dokumenteninhaber und Dokument durch die Nutzung biometrischer Daten deutlich zu erhöhen und damit vor missbräuchlicher Nutzung zu schützen.

Mit der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels werden Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis (= unbefristete Aufenthaltserlaubnis) als gesondertes Dokument in Kreditkartenformat ausgestellt. Gespeichert werden im Chip des „eAT“ auch die biometrischen Merkmale (Lichtbild und Fingerabdrücke). Er enthält auch die Möglichkeiten einer elektronischen Ausweisfunktion sowie elektronischen Signatur. Diese entsprechen im Aufbau und der Funktionsweise dem neuen deutschen Personalausweis.

Die Einführung des „eAT“ bedeutet sowohl für die Ausländerbehörde als auch für die Ausländer einen deutlich höheren Kosten- und Zeitaufwand.

### **9.1.6. Wafferecht**

Das Referat Öffentliche Ordnung hat 2018 bei 15 Waffenbesitzern Kontrollen bezüglich der sicheren Aufbewahrung der Waffen sowie der Waffenschränke durchgeführt. Davon entfallen 8 Kontrollen auf Jäger und 7 Kontrollen auf Sportschützen.

2018 wurden insgesamt 1.871 erlaubnispflichtige Waffen bei 328 waffenberechtigten Personen registriert. (625 Kurzwaffen, 1.246 Langwaffen).

#### **Registrierte Waffen nach Bedürfnisgrund**

|                       |                |                |
|-----------------------|----------------|----------------|
| Jäger                 | 172 Kurzwaffen | 847 Langwaffen |
| Sportschützen         | 329 Kurzwaffen | 221 Langwaffen |
| Altbesitzer           | 65 Kurzwaffen  | 108 Langwaffen |
| Erbwaffenbesitzer     | 22 Kurzwaffen  | 37 Langwaffen  |
| Sammler               | 18 Kurzwaffen  | 13 Langwaffen  |
| Vereinswaffen         | 12 Kurzwaffen  | 25 Langwaffen  |
| Bewachungsunternehmer | 2 Kurzwaffen   |                |

87 erlaubnispflichtige Waffen wurden 2018 im Rahmen der Berechtigung nach dem Wafferecht erworben, 66 Waffen wurden veräußert und jeweils in die waffenrechtlichen Erlaubnisse eingetragen.

#### **Neu erworbene Waffen nach Bedürfnisgrund:**

|                   |           |                                |
|-------------------|-----------|--------------------------------|
| Jäger             | 35 Waffen | (8 Kurzwaffen, 27 Langwaffen)  |
| Sportschützen     | 48 Waffen | (21 Kurzwaffen, 27 Langwaffen) |
| Erbwaffenbesitzer | 3 Waffen  | (1 Kurzwaffe, 2 Langwaffen)    |
| Vereinswaffen     | 1 Waffe   | (1 Kurzwaffe)                  |

## Weitere Zahlen zum Waffenrecht

- Im Bereich der Sportschützen wurden 6 Waffenbesitzkarten (gelb) neu ausgestellt sowie 12 Waffenbesitzkarten (grün). Aktuell existieren 700 gültige Waffenbesitzkarten.
- Zum Führen einer Schreckschuss-Reizstoff- und Signalwaffe wurden insgesamt 12 kleine Waffenscheine ausgestellt.
- 31 gültige Sprengstofflaubnisse nach § 27 Sprengstoffgesetz existieren im Bereich der Stadt Wertheim. Hiervon wurde eine Erlaubnis 2018 verlängert, 5 Sprengstofflaubnisse wurden neu ausgestellt.
- 4 Europäische Feuerwaffenpässe wurden neu beantragt und konnten den Waffenbesitzern ausgehändigt werden.
- Im Rahmen der 2018 stattgefundenen Waffenamnestie wurden 52 Waffen zur Vernichtung abgegeben (27 Langwaffen, 25 Kurzwaffen), 130 Munition sowie 2 Hieb- und Stichwaffen.

## 9.2. Messe, Märkte

### 9.2.1. Wertheimer Altstadtfest



Als einzige große Partymeile präsentierte sich bei idealen Temperaturen das 51. Wertheimer Altstadtfest vom 27. bis 29. Juli 2018. Es erstreckte sich vom Rathausinnenhof bis zum Mainvorplatzplatz. Insgesamt strömten an den drei Tagen, bei teils tropischen Temperaturen von über 35 Grad dieses Supersommers, mehr als 25.000 Besucher in die Main-Tauber-Stadt.

Auf neun verschiedenen Bühnen traten unterschiedliche Künstler oder DJs auf. Insgesamt spielten an den drei Tagen rund 35 Bands mit Live-Musik. Bei der großen Bandbreite von Musikrichtungen – Blasmusik, Rock'n'Roll-, Party-, Pop- und Rockmusik bis hin zu Techno und House – kamen alle Altersklassen auf ihre Kosten. Auch verschiedenen Nachwuchsbands erhielten wieder eine Plattform.

In der Altstadt verteilt standen insgesamt rd. 80 „Buden“, darunter zahlreiche Getränke- und Speisenstände. Den reibungslosen Ablauf des Festes gewährleisteten wieder knapp 1.000 Helfer, angefangen von den Standbesetzungen über die Sicherheitsdienste bis hin zu den Hilfs- und Rettungsorganisationen. Zehn Shuttlebuslinien brachten die Besucher aus den umliegenden Ortschaften und Nachbargemeinden nach Wertheim.

### 9.2.2. Wertheimer Michaelismesse

Die 197. Michaelismesse in Wertheim startete am Samstag, 29. September, mit dem traditionellen Festumzug. Prächtig dekorierte Pferdegespanne, bunte Trachtengruppen und Musikkapellen, Gruppen und Bürgerwehren zierten den Umzug. Krönender Abschluss der Festwoche war das Feuerwerk am 7. Oktober 2018.

Traditionell wurde auf den Tauberwiesen zwischen Rathausbrücke und Festhalle ein Verkaufsmarkt aufgebaut. Für Fahrspaß und Nervenkitzel sorgten die Fahrgeschäfte der „Zöllner Vergnügungsbetriebe“.

Bei der Marktzusammensetzung wurde auf ein ausgewogenes Warensortiment ganz besonderen Wert gelegt und altbewährte Marktkaufleute und Newcomer gleichermaßen berücksichtigt.



Aus dem umfangreichen Rahmenprogramm verdienen das am Tag der Deutschen Einheit durchgeführte 24. Jugendfußballturnier auf dem Taubersportplatz mit rekordverdächtigen 16 Mannschaften ebenso Erwähnung wie der 28. Seniorennachmittag. Dazu hatte die Stadt am Messedienstag die Mitbürgerinnen und Mitbürger ab dem 70. Lebensjahr eingeladen.

Der Wertheimer Messelauf fand zum 18. Mal statt und steht mittlerweile weit über die Stadtgrenzen hinaus im Terminkalender der Hobbyläufer. Auch 2018 war der SV Nassig für die Organisation des Laufs mit knapp 1.000 Teilnehmern verantwortlich und mit Lob bedacht. Auch die Ausstellung des Wertheimer Eisenbahnclubs fand wieder großen Anklang. Von den im Rahmen des Kindernachmittags rund 900 aufgelassenen Ballons flog der Siegerballon bis ins 85,19 km entfernte Weyersbach nahe Bad Kissingen/Hammelburg.

Das Weinzelt wurde wieder vom letztjährigen Betreiber des Gasthauses Zum Ochsen (Richard u. Ilona Wagner) in Zusammenarbeit und Partyservice Hopf – Die Genussfabrik (Mirko Hopf) bewirtschaftet. Gestaltung und Unterhaltungsprogramm kamen gut an. So gab es u.a. ein Schafkopfturnier, ein Sektfrühstück und Musik in unterschiedlichen Stilrichtungen.

#### Weitere Eckdaten

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Zöllner's Vergnügungspark   | 15 Fahr- und Vergnügungsbetriebe                                 |
| Festhalle/Main-Tauber-Halle | Pächterin: Distelhäuser Brauerei<br>Festwirt: Hans-Peter Küffner |
| Marktkaufleute              | 35 Stände auf 508 lfm Frontlänge<br>12 Imbiss-/Metzgerstände     |

## 9.3. Feuerwehr

Der Freiwilligen Feuerwehr Wertheim gehören 14 Abteilungen und ein Spielmannszug an. Kommandant der Gesamtwehr ist Stadtbrandmeister Ludwig Lermann, dessen Stellvertreter sind Peter Walentschka (Bettingen) und Stefan Tiederle (Dertingen).

### 9.3.1. Mitglieder

|                    | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  |
|--------------------|--------------|--------------|--------------|
| Aktive Mitglieder  | 522          | 542          | 550          |
| Passive Mitglieder | 248          | 258          | 250          |
| Ehrenmitglieder    | 194          | 198          | 187          |
| Altersmannschaft   | 114          | 85           | 77           |
| Spielmannszug      | 15           | 15           | 19           |
| Jugendfeuerwehr    | 142          | 135          | 141          |
| <b>Gesamt</b>      | <b>1.235</b> | <b>1.233</b> | <b>1.224</b> |

### 9.3.2. Übungsstunden

|  | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Übungsstunden der aktiven Angehörigen              | 356          | 347          | 329          |
| Übungs- und Unterrichtsstunden der Jugendfeuerwehr | 719          | 698          | 690          |
| Probestunden des Spielmannzugs                     | 20           | 11           | 16           |
| Auftritte des Spielmannzugs                        | -            | 5            | 7            |
| <b>Gesamt</b>                                      | <b>1.095</b> | <b>1.061</b> | <b>1.042</b> |

### 9.3.3. Ausrüstung und Fahrzeuge

Durch die große Gemeindefläche der Stadt Wertheim kann die vorgeschriebene Hilfsfrist bei Einsätzen nicht von einer zentralen Wache aus eingehalten werden. Aus diesem Grund sind die unten genannten zehn Tragkraftspritzenfahrzeuge, ein Löschgruppenfahrzeug und ein Staffellöschfahrzeug auf die Ortswehren verteilt.

Der Wertheimer Feuerwehr stehen an Ausrüstung und Fahrzeugen zur Verfügung:

- **bei Schadenfeuer:**  
2 Tanklöschfahrzeuge (TLF 16/25 u. TLF 24/50), 2 Löschgruppenfahrzeuge (LF 16/12 u. LF 8/6), 10 Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF), 1 Staffellöschfahrzeug StLF 10/6, 1 Drehleiter mit Korb (DLAK 23/12), 2 Tragkraftspritzenanhänger (TSA), 1 Schlauchwagen SW 1000, 8 Schlauchanhänger, 4 Hydrantenwagen
- **bei Öl-, Gefahrgut-, Verkehrsunfällen und Technischer Hilfeleistung:**  
1 Vorausrüstwagen (VRW), 1 Rüstwagen (RW 2), 1 Gerätewagen Gefahrgut (GW-G 2), 1 Mehrzweckfahrzeug Dekon-P (BUND)
- **bei Einsätzen an und auf Gewässern:**  
2 Schlauchboote, 1 Mehrzweckboot (MZB), 1 Hochwasserboot
- **sonstige Fahrzeuge:**  
1 Einsatzleitwagen (ELW), 1 Gerätewagen-Transport (GW-T), 1 Mannschaftstransportwagen (MTW),  
1 Gabelstapler

### 9.3.4. Einsätze

|                            | <b>2016</b> | <b>2017</b> | <b>2018</b> |
|----------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Großbrände                 | 0           | 4           | 1           |
| Mittelbrände               | 5           | 0           | 6           |
| Kleinbrände A              | 6           | 18          | 16          |
| Kleinbrände B              | 12          | 15          | 14          |
| Technische Hilfsleistungen | 80          | 90          | 113         |
| Tiere/Insekten             | 5           | 6           | 5           |
| Fehlalarmierung            | 53          | 44          | 46          |
| Sonstige Einsätze          | 7           | 8           | 10          |
| <b>Gesamt</b>              | <b>168</b>  | <b>185</b>  | <b>211</b>  |



## 9.4. Recht

Die Abteilung Recht, besetzt mit einem Juristen, hat die Aufgabe, Rechtsangelegenheiten aller städtischen Stellen, Eigenbetriebe und Eigengesellschaften (Beratung, außergerichtliche Vertretung und Prozessführung gemäß dem Produktkatalog des Landes Baden-Württemberg für den Bereich Justitiariat) zu bearbeiten. In dieser Funktion ist auch die Stadtrechtssammlung zu betreuen. Die Stelle ist seit Mai 2010 ins Referat 22 (Öffentliche Ordnung) eingegliedert. Weiterhin ist der Stelleninhaber Datenschutzbeauftragter. In dieser Funktion berichtet er dem Oberbürgermeister.

### Arbeitsschwerpunkte

Die Rechtsabteilung ist mit einem breiten Spektrum an Rechtsgebieten befasst, so dass nachfolgend nur Schwerpunkte und eine kleine Auswahl an Beispielfällen dargestellt werden können, ausgewählt nach besonderem Arbeitsaufwand, Resonanz in der Öffentlichkeit, juristischer Delikatesse, Exotik oder zur exemplarischen Darstellung des Spektrums an Aufgaben.

- 2018 nahm die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten aufgrund der **Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)** eine herausgehobene Stellung ein. Zunächst nahm der Stelleninhaber an Schulungen teil, um so dann das erworbene Wissen an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung weiterzugeben. Dies erfolgte im Rahmen einer „Arbeitsgruppe Datenschutz“ unter Leitung des Datenschutzbeauftragten, in einem Vortrag in einer Referatsleiterbesprechung am 8. Mai 2018 und in vielen Einzelberatungen. Zu entwerfen waren eine Dienstanweisung über Vorgehensweise und Zuständigkeiten, diverse Mustertexte zur Erfüllung von Informationspflichten gegenüber Betroffenen und nicht zuletzt ein Formular für die Erstellung eines Verarbeitungsverzeichnisses, mit dem Mitarbeiter dokumentieren müssen, welche Kategorien von personenbezogenen Daten sie in welchem Umfang und zu welchem Zweck verarbeiten. Überschwemmt wurde der Stelleninhaber mit Verträgen zur Auftragsdatenverarbeitung, um deren Prüfung nachgesucht wurde. Der Stelleninhaber stand in regem Austausch mit anderen Behörden, um sich wechselseitig zu beraten und zu unterstützen, und nahm auch mehrfach Kontakt zum Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit auf. Die Erfüllung der Anforderungen der EU-DSGVO erschöpft sich nicht in einem einmaligen Kraftakt, sondern stellt einen kontinuierlichen Prozess dar.
- Neben dem Kraftakt „Umsetzung der EU-DSGVO“ war auch der reguläre **datenschutzrechtliche Alltag** zu bewerkstelligen. So beschwerten sich Bürger unter Hinweis auf einschlägige Rechtsprechung, dass auf der ihnen übermittelten Rechnung die SEPA-Daten ihrer Kontoverbindung vollständig und unmaskiert aufgeführt waren. Sie hatten auch einige Stadträte zu ihrer Unterstützung mobilisiert. Sie wurden darauf hingewiesen, dass besagte Rechtsprechung nur den elektronischen unverschlüsselten Datenverkehr betrifft, nicht die Übermittlung in Papierform im verschlossenen Briefumschlag.

Die übrigen Tätigkeitsschwerpunkte lagen im Jahr 2018 vor allem im Bereich des Baudezernats, hier vor allem bei Stadtplanung/Hochbau, Liegenschaften und dem Referat Bauordnungsrecht, gefolgt von den Referaten und Abteilungen des Dezernates 1 und vom Dezernat 2, hier ganz überwiegend dem Referat „Öffentliche Ordnung, Ausländerangelegenheiten, Feuerwehr, Recht“.

- Thematisch zum Referat „Stadtplanung, Hochbau“ gehörend, faktisch wegen seiner Bedeutung aber auf Dezernatsleiterenebene behandelt, stand die Auseinandersetzung mit dem Nabu Wertheim um Artenschutz und diesbezügliche Akteneinsicht. Das Thema nahm sehr breiten Raum ein. Es gewann auch eine strafrechtliche Dimension durch diverse Strafanzeigen von Seiten des Nabu. Umgekehrt stellte ein Bauunternehmen Strafantrag, weil es von einem Aktivistin am Betreten einer Baustelle gehindert wurde.
- Im Referat „Bauordnungsrecht, Umweltschutz“ begleitete der Stelleninhaber wieder eine Vielzahl von Fällen mit juristischem Rat und Formulierungshilfen. Auffällig waren hier Auseinandersetzungen um die Definition der Begriffe „Beherbergungsbetrieb“, „Ferienwohnung“ und „Boarding House“ und ihre jeweilige Zulässigkeit in Wohngebieten. Auch das Thema „Lindt-Café“ im Wertheim Village flammte kurz auf: Ein Kunde wandte sich an die Stadtverwaltung, weil man ihm seitens des Cafés offenbar nicht den Unterschied zwischen einem Gastronomiebetrieb und einem Einzelhandelsgeschäft für Süßigkeiten erklären konnte.
- Im Referat „Liegenschaften, Friedhöfe“ nahm 2018 das Friedhofswesen einen sehr breiten Raum ein. Ein Gerichtsprozess um Vergütungsfragen zum Grabaushubvertrag harret noch der Entscheidung, die voraussichtlich im Jahre 2019 ergehen wird. Grundsätzlich geht es um eine Neukonzeption des Friedhofswesens. Im Zusammenhang damit stehen Fragen der Neuorganisation der Leichenkühlung und des Einsatzes von Sargträgern. Das ganze Konvolut füllt viele Aktenordner. Weiterhin beantragte ein Bürger, zukünftig auf seinem Privatgrundstück bestattet werden zu dürfen – was die Stadt ablehnen musste. Auch Streitigkeiten unter und mit Jagdpächtern, zunächst als Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes erfolgreich geführt, mündeten mittlerweile in ein Hauptsacheverfahren. Rechtshängig ist auch noch eine Auseinandersetzung über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes durch die Stadt Wertheim. Ein weiterer Schwerpunkt war die Neukonzeption des Kirchenzentrums Wartberg.
- Wie in den Vorjahren nahm auch 2018 die Abteilung „Kinder, Jugend, Sport, Vereine“ des Dezernates 1 die Dienste der Rechtsabteilung für Kita-Angelegenheiten in Anspruch. So stellte sich das Problem, inwieweit ein Elternteil allein einen Kita-Vertrag kündigen kann, welcher seinerseits allein vom anderen Elternteil geschlossen wurde; das ganze erweitert auf die Frage der generellen Befugnisse der einzelnen Elternteile und wie diese bei Getrenntleben oder Scheidung aussehen. In Form eines Einzelfalles steht das Vergabesystem „Platz da?!“ für Kita-Plätze auf dem – gerichtlichen – Prüfstand.
- Vom Stadtarchiv kam die nicht gerade alltägliche Anfrage, welche Befugnisse das Archiv bezüglich bei ihm eingelagerter Kirchenbücher habe, wenn diese nach Kirchenrecht sich dort gar nicht befinden dürften.
- Das Referat „Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing“ ließ unter anderem einen Vertrag zu einem LED-Board prüfen. Da es aber nicht nur darum ging, einen bestimmten Vertragswillen in juristisch einwandfreie Klauseln zu gießen, sondern die Vertragsparteien diesen Vertragswillen erst im Laufe der Vertragsgestaltung entwickelten bzw. veränderten, ergab sich ein umfangreiches Hin und Her.
- Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung wiederum hatte Probleme mit einem Klärschlammverwerter, der sich nicht mehr an die vereinbarten Leistungen bzw. vereinbarten Preise halten wollte, weil eine Gesetzesverschärfung ihm seinen bisherigen Entsorgungsweg unmöglich gemacht bzw. stark verteuert hatte. Der Eigenbetrieb Gebäudemanagement ließ unter anderem einen Mustermietvertrag überarbeiten, mit dem die Stadt Wertheim Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen anmietet.

- Für das Dezernat 2 waren Dienstaufsichtsbeschwerden zu bearbeiten. Das Dezernat 2 war insbesondere auch deshalb zuständig, weil der Dezernatsleiter den Oberbürgermeister als Dienststellenleiter vertrat. Abgesehen von einem Fall, wo der Beschwerdeführer nicht einsehen wollte, dass die Meldebehörde nach dem Gesetz handelte und den Hauptwohnsitz nicht nach seinen Wünschen bestimmen konnte, zeigten die Beschwerden eher ein Kommunikationsproblem, das sich mit geduldigen Erläuterungen lösen ließ.
- Weiterhin ein Dauerthema im Referat 22 sind Feuerwehrkosten. Bislang ist es noch immer gelungen, die Pflichtigen zur Zahlung zu bewegen – im Berichtsjahr mit außergerichtlicher Überzeugungsarbeit statt mit gerichtlicher Hilfe wie in der Vergangenheit. In einem der Fälle musste der Stelleninhaber auch dem Widerspruchsführer Recht geben und der Verwaltung zur Abhilfe raten. Die Tätigkeit im Rahmen eines gerichtsanhängig gewordenen Gaststättenuntersagungsverfahrens und einige Strafanträge runden das Tätigkeitsspektrum ab. Bemerkenswert ist dabei besonders der Fall eines Mannes, der sich, obwohl er nicht obdachlos ist, sondern eine eigene Wohnung besitzt, in einer öffentlichen Toilette trotz mehrfach ausgesprochenen Verbotes häuslich einrichtete.
- Auch die städtischen Eigengesellschaften griffen auf die Dienste des Rechtsamtes zurück. So hatten die Stadtwerke das Problem, dass der Eigentümer einer Photovoltaik-Anlage verstorben war und nun diverse Personen als potentielle Erben um die Vergütung der Erträge der Anlage konkurrierten.
- Turnusmäßig zu bewältigen war im Jahr 2018 wieder die Wahl von Kandidaten durch den Gemeinderat der Stadt Wertheim, die dem Amtsgericht Wertheim für dessen Wahl von Schöffen für den Sitzungszeitraum 2019 bis 2023 vorzuschlagen waren. Das Interesse war dieses Mal geringer als in früheren Zeiten, so dass mit Mühe die Mindestzahl an vorzuschlagenden Kandidaten (zwölf Personen) erreicht werden konnte – was wiederum dem Gemeinderat die Auswahl einfach machte.
- Weiterhin war 2018 wieder die Pflege der Stadtrechtssammlung zu leisten – sowohl in Papierform bei der Rechtsabteilung als auch im Internet.